



Vorlage VA_10/2026
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 13.07.2026

Anlage

1: Jahresabschlussbroschüre
2025

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

**Jahresabschluss 2025 des Landkreises Ludwigsburg
-Vorberatung-**

Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsausschuss stimmt der Bildung von 5 Ermächtigungsüberträgen in Höhe von insgesamt 2.750.670,00 € gemäß den Seiten 127 bis 133 der Jahresabschlussbroschüre (Anlage 1) zu.
2. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Kreistag, das Ergebnis des Jahresabschlusses 2025 zur Kenntnis zu nehmen und den Feststellungsbeschluss entsprechend den Seiten 5 bis 8 der Jahresabschlussbroschüre (Anlage 1) zu fassen.

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungsdatum	Öffentlichkeitsstatus
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	13.07.2026	öffentlich
Kreistag	Beschluss	11.12.2026	öffentlich

Klima-Auswirkung:

Gesamtergebnis des KlimaChecks:	Teilergebnis(se) des KlimaChecks:
Bei Verwendung des derzeitigen Tools konnte bei dieser Vorlage keine Klimaauswirkung festgestellt werden.	
Begründung / Einordnung / Alternativen-Prüfung:	

Sachverhalt und Begründung:

Das Ergebnis des Jahresabschlusses 2025 liegt vor und wird den Gremien zur aktuellen Information bekannt gegeben. Die Broschüre zum Jahresabschluss 2025 ist in Anlage 1 beigelegt.

Die Anlage enthält:

- die Feststellung des Jahresergebnisses und Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen,
- den Rechenschaftsbericht,
- die Haushaltsrechnung (Gesamtergebnisrechnung, Gesamtfinanzrechnung, Teilhaushalte),
- die gebildeten Budgetüberträge,
- die Bilanz,
- die Vermögensübersicht, Kennzahlen, Schuldenübersicht, Stand der Rücklagen und Entwicklung der Liquidität.

Die Eckdaten zum Jahresabschluss sind auf Seite 10, die wichtigsten Ergebnisse des Abschlusses auf den Seiten 12 ff der Anlage dargestellt.

Die **Gesamtergebnisrechnung** schließt im ordentlichen Ergebnis (vgl. Seite 20, lfd. Nr. 20) mit einem Fehlbetrag von rund 42,1 Mio. € ab. Der Betrag wurde der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses entnommen, welche sich damit zum Jahresende auf rund 108,4 Mio. € verringert. Im Haushaltsplan 2025 war ein negatives Ergebnis von rund 43,9 Mio. € veranschlagt, d.h. es konnte eine leichte Verbesserung um rund 1,8 Mio. erreicht werden. Die wesentlichen Veränderungen, die zu diesem Ergebnis geführt haben, können dem Rechenschaftsbericht auf den Seiten 12 und 13 entnommen werden.

Obwohl der erwirtschaftete Fehlbetrag im Rahmen der Erwartungen liegt, wurde in der **Gesamtfinanzrechnung** der kalkulierte Zahlungsmittelbedarf mit 24,7 Mio. € in der Ergebnisrechnung (vgl. Seite 22, lfd. Nr. 17) nicht erreicht. Stattdessen schließt die Finanzrechnung aus laufender Verwaltungstätigkeit mit einem Zahlungsmittelbedarf von 60,5 Mio. ab, was eine Verschlechterung im laufenden Betrieb um 35,8 Mio. € bedeutet. Diese deutliche Verschlechterung auf etwa das 2,4 - fache gegenüber der Planung ist im Wesentlichen auf folgende Ursachen zurückzuführen:

- Die Zahlungsströme an die Kliniken, bestehend aus den Positionen Verlustausgleich (Auszahlung Verlust 2024) und Zinserstattung, ergeben in Summe eine Verschlechterung um rd. 17 Mio. €. Im Ergebnishaushalt stieg die Aufwandsbelastung dagegen von geplanten 30 Mio. € auf 43,1 Mio. €.
- Im Bereich der Transferauszahlungen für die Eingliederungshilfe kommt es im Zuge der Umstellungsarbeiten auf das BTHG zu einem deutlichen Anstieg der Leistungen, u.a. auch wegen festgesetzter Nachzahlungen für Vorjahre. Insgesamt summieren sich die Mehrauszahlungen auf rd. 12,4 Mio. €, weitere 10 Mio. € entfallen auf Hilfeleistungen nach dem SGB XII.
- Im Wert von 5,6 Mio. € sind die Zahlungen an die AVL aus der Erstattung der Nachsorgekosten geringer als geplant ausgefallen.

Beim Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (vgl. Seite 23, lfd. Nr. 31) ergibt sich gegenüber der Planung eine Verbesserung mit rund 7,2 Mio. €. Im Wesentlichen liegt dies an nicht abgeflossenen Auszahlungen für den Umbau des neuen Standorts der Schule Gröninger Weg in der Schwarzwaldstraße in Bietigheim-Bissingen mit 3,7 Mio. € und weiteren 3,4 Mio. € an Weniger-

auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen (1,2 Mio. € im Bereich der Schulen, 1 Mio. € Verwaltung, 800 T€ Brand- und Katastrophenschutz, 500 T€ Straßenmeistereien).

In Summe verschlechtert sich die Abnahme der Liquidität (vgl. Seite 23, lfd. Nr. 32) aus den vorstehend genannten Positionen um rund 28,6 Mio. € gegenüber der Planung (Finanzierungsmittelbedarf).

Der gesamte Finanzierungsmittelbedarf mit rund 122,7 Mio. € (absolute Zahl) wurde über eine Neuverschuldung am Kreditmarkt von rund 61,6 Mio. € refinanziert. Abzüglich der ordentlichen Tilgungen sind aus Finanzierungstätigkeit netto rund 55,2 Mio. € dem Haushalt zugeflossen (vgl. Seite 23, lfd. Nr. 35). Dadurch konnte die Änderung des Zahlungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (vgl. Seite 23, lfd. Nr. 36) weiter auf rund 67,5 Mio. € reduziert werden. Unter Berücksichtigung der zahlungswirksamen Vorgänge aus durchlaufenden Geldern, die mit einem positiven Saldo von rund 68,1 Mio. € schließen, ergibt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands (vgl. Seite 24, lfd. Nr. 41) im abgelaufenen Rechnungsjahr ein Plus von 613.062,30 €. Ausgehend von einem Anfangsbestand zu Beginn des Jahres 2025 mit 215.036,10 € hat sich der Endbestand an Zahlungsmitteln (vgl. Seite 24, lfd. Nr. 42) auf 828.098,40 € zum Jahresende 2025 erhöht.

Die Kreditmarktdarlehen des Landkreises (vgl. Seite 162) haben sich um rund 55,2 Mio. € auf rund 136,6 Mio. € erhöht. Darüber hinaus bestanden zum 31.12.2025 Kassenkredite in Höhe von 85,2 Mio. € (31.12.2024: 60,7 Mio. €). Die Darlehen der Kliniken, für die der Landkreis den Schuldendienst trägt, haben sich um rund 6,7 Mio. von rund 120,6 Mio. € auf rund 113,9 Mio. € reduziert.

Zum Endbestand an Zahlungsmitteln auf Jahresende 2025 (vgl. Seite 168, Nr. 6) von 828.098,40 € kommen angelegte Kassenmittel von 40,0 Mio. € sowie weitere 120,0 Mio. €, die den Kliniken als Kassenkredit zur Verfügung gestellt waren, hinzu. Die liquiden Eigenmittel (vgl. Seite 168, Nr. 9) belaufen sich damit zum Jahresende auf rund 75,6 Mio. €. Nach Abzug der gebildeten Budgetüberträge sowie der bereits für andere Zwecke gebundenen Mittel (z.B. Rückstellungen im Abfallbereich, Mittelreservierung für Klinikinvestitionen) verbleibt als bereinigte liquide Eigenmittel (vgl. Seite 168, Nr. 16) auf 31.12.2025 ein Minusbetrag von 776.476,09 €. Hier war bei der Verabschiedung des Haushaltsplans 2025 noch ein Plus von 8,4 Mio. € erwartet worden. Dies zeigt, dass keine Liquiditätsreserven über die Zweckbindung hinaus mehr bestehen und dringend gegengesteuert werden muss.

Keine Veränderung ergibt sich bei der Mittelreservierung für Klinikinvestitionen. Die RKH Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH hat im Jahr 2025 einen Jahresverlust mit rund 43,1 Mio. € erwirtschaftet, den der Landkreis erneut ausgleichen muss. Hierfür wurde beim Jahresabschluss des Landkreises eine entsprechende Rückstellung gebildet. Durch den um 13,1 Mio. € höher ausgefallenen Verlustausgleich sind die im Kreishaushalt für Klinikzwecke veranschlagten Mittel überschritten. Die in der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses enthaltenen Finanzierungsmittel mit 22.034.350,93 € (vgl. Seite 166) bleiben daher unverändert bestehen. Sie werden gemäß dem Kreistagsbeschluss vom 25. Juli 2025 zur Abdeckung des zu erwartenden Fehlbetrags des laufenden Wirtschaftsjahres 2026 der Kliniken umgewidmet.

In der heutigen Sitzung soll der Verwaltungsausschuss auch über die in seine Zuständigkeit fallenden Ermächtigungsüberträge entscheiden. Entsprechend den Seiten 127 bis 133 der Jahresabschlussbrochure (Anlage 1) handelt es sich um einen Ermächtigungsübertrag im Ergebnishaushalt mit 650.000,00 € und 4 Ermächtigungsüberträge im Finanzhaushalt mit insgesamt 2.100.670,00 €.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ermächtigungsüberträge im Ergebnishaushalt von 4.192.602,13 € auf 2.897.937,21 € weiter reduziert worden. Auch die Ermächtigungsüberträge bei den Auszahlungen für Investitionen im Finanzhaushalt gehen erneut von 14.576.148,00 € auf 9.252.003,00 € zurück.

Bei den Einzahlungen im Finanzhaushalt sind Ermächtigungsüberträge in Höhe von 4.919.890,00 € vorgesehen (Vorjahr: 815.500,00 €), die ausschließlich in der Zuständigkeit der Verwaltung liegen.

Von den verschiedenen Bereichen sind Ermächtigungsüberträge wie folgt beantragt worden:

- Ergebnishaushalt (Aufwendungen): 4.780.810,40 €
- Finanzhaushalt (Auszahlungen): 11.990.963,61 €
- Finanzhaushalt (Einzahlungen): 5.879.892,80 €

Im Rahmen der Antragsprüfung konnte also eine deutliche Reduzierung erreicht werden.

Der Jahresabschluss wird aktuell vom Stabsbereich Prüfung und Kommunalaufsicht geprüft (vgl. § 95 GemO) und kann anschließend vom Kreistag festgestellt werden.